

## **Haushaltsrede 2026 – Bündnis 90/Die Grünen Hilden**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

wenn wir heute über den Haushalt 2026 sprechen, dann tun wir das vor einem Hintergrund, der viele Menschen verunsichert. In Gesprächen an Infoständen, bei Terminen in Vereinen oder auch im privaten Umfeld hören wir immer wieder die gleichen Fragen: *Was kommt da noch auf uns zu? Wird alles teurer? Und wie sicher ist das eigentlich alles noch?*

Der Krieg in der Ukraine dauert weiter an, auch der Konflikt im Nahen Osten spitzt sich zu. Das sind keine fernen Schlagzeilen. Sie wirken sich konkret aus – auf Energiepreise, auf die Wirtschaft, auf das Sicherheitsgefühl. Und am Ende auch auf die kommunalen Haushalte.

Auch Hilden bleibt davon nicht verschont. Was weltweit passiert, landet irgendwann auf unserer Tagesordnung.

### **Finanzielle Ausgangslage**

Der Haushaltsentwurf 2026 weist ein Defizit von deutlich über 20 Millionen Euro aus. Viele Bürgerinnen und Bürger wundern das nicht. In Gesprächen mit Selbstständigen hören wir, dass Aufträge zurückgehen. Eltern berichten, dass sie genau rechnen müssen. Und auch in Gesprächen mit Mitarbeitenden der Stadt wird deutlich, wie hoch der Druck inzwischen ist.

Die Gewerbesteuereinnahmen sinken, während Sozialausgaben und Personalkosten steigen – unter anderem durch notwendige Tarifabschlüsse. Gleichzeitig stehen große Investitionen an. Der geplante Neubau der Feuerwehrrache ist dafür ein gutes Beispiel. Wer einmal mit Feuerwehrleuten gesprochen hat oder selbst bei einem Einsatz vor Ort war, weiß: Das ist keine freiwillige Leistung, sondern notwendige Vorsorge.

### **Gewerbesteuer**

Die Höhe der Gewerbesteuer beschäftigt uns schon seit vielen Jahren.

Wir haben immer wieder gefordert, den Hebesatz auf 450 Prozentpunkte, jedoch mindestens auf den fiktiven Hebesatz anzuheben. Es ist gut, dass die Verwaltung diese Einschätzung inzwischen teilt.

Wir wissen aus Gesprächen mit Unternehmen: Was sie sich vor allem wünschen, ist Verlässlichkeit. Kein Betrieb plant gerne von Haushalt zu Haushalt. Umso unbefriedigender ist es, dass wir erneut bei einem Kompromiss bei 430 Prozent landen. Das ist ein Fortschritt, aber keine Lösung.

Wir sollten uns ehrlich machen: Der Hebesatz wird weiter steigen müssen. Die Frage ist nur, ob wir das planvoll tun – oder immer wieder kurzfristig.

### **Grundsteuer**

Kaum ein Thema löst mehr Reaktionen aus als die Grundsteuer.

Wir wissen das aus Kontakten mit Mieterinnen, Eigentümern und Wohnungsgesellschaften. Die Sorge um steigende Nebenkosten ist real.

Gleichzeitig zwingt uns das Urteil des Verwaltungsgerichts zu handeln. Ein einheitlicher Hebesatz ist notwendig, wenn wir Rechtssicherheit herstellen wollen. Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt jedoch, wie problematisch die Entwicklung war: immer neue Anpassungen, immer neue Unsicherheit.

Unser Vorschlag einer einmaligen Anpassung auf 750 Prozent ist kein einfacher Vorschlag. Aber er ist ehrlich. Er schafft die Chance, diese Spirale zu durchbrechen.

### **Kinder und Jugendliche**

Wenn wir über Sparen sprechen, möchten wir sehr genau hinschauen, wo gespart wird. Denn bei Terminen in Kitas oder Gesprächen mit Eltern wird schnell deutlich, was auf dem Spiel steht. Fehlende Plätze, lange Wege, Unsicherheit bei der Betreuung – das sind ganz konkrete Probleme.

Deshalb unterstützen wir weiterhin den Ausbau der Kitas, den Umbau des Bürgertreffs und den Neubau am Salzmannweg. Der Rechtsanspruch auf Betreuung muss nicht nur auf dem Papier existieren.

Auch das „Haus des Lernens“ darf nicht in Vergessenheit geraten. Bildung ist eine Investition, die sich nicht sofort, aber langfristig auszahlt.

Besuchen sie einmal eine Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments, dann wissen sie wie ernsthaft junge Menschen ihre Rolle wahrnehmen. Dieses Engagement braucht Unterstützung – sonst wird Beteiligung zur leeren Hülse.

### **Zukunftsinvestitionen und Klimaschutz**

In den letzten Jahren wurde uns immer wieder gesagt: Klimaschutz kann warten. Gleichzeitig erleben wir, wie steigende Energiepreise Haushalte und Stadtfinanzen belasten. In Gesprächen mit Menschen, die ihre Strom- oder Heizkostenabrechnung bekommen haben, wird klar: Vorsorge hätte sich gelohnt.

Energetisch sanierte Gebäude, Photovoltaikanlagen und ein zukunftsfähiger Fuhrpark sind keine Ideologie, sondern wirtschaftlich sinnvoll. Deshalb halten wir am Ziel der Klimaneutralität 2035 fest.

### **Personalpolitik**

Wir erleben im Alltag, was Personalmangel bedeutet: längere Wartezeiten im Bürgerbüro, Engpässe in Kitas, Überlastung in der Verwaltung. Pauschale Kürzungen lehnen wir deshalb ab.

Gleichzeitig sehen wir auch, dass Digitalisierung helfen kann. Wenn Prozesse einfacher werden, entlastet das Mitarbeitende – und Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen.

### **Kosten der Mittagsverpflegung**

Kaum eine Entscheidung haben wir so intensiv diskutiert wie die Beiträge für die Mittagsverpflegung. Vor allem, weil wir wissen, dass viele Familien ohnehin genau rechnen müssen. Das hören wir immer wieder – ob beim Elternabend oder im persönlichen Gespräch.

Nach langem Abwägen kommen wir zu dem Schluss: Eine Anpassung auf 85 Euro ist leider notwendig, um die steigenden Kosten aufzufangen und das gute Angebot dauerhaft zu sichern.

Was wir aber klar ablehnen, ist eine schon heute festgelegte automatische Erhöhung für die kommenden Jahre. Familien brauchen Verlässlichkeit. Jede weitere Anpassung muss neu geprüft und politisch verantwortet werden.

### **Fazit**

Dieser Haushalt ist kein leichter Haushalt. Er ist geprägt von Unsicherheit, von äußeren Krisen und von begrenzten Handlungsspielräumen. Aber er setzt Schwerpunkte – bei Kindern, bei der Zukunftsfähigkeit der Stadt und bei sozialer Verantwortung.

Deshalb kommen wir als **grüne Fraktion** zu dem Ergebnis, dass wir dem Haushalt 2026 – **gerade noch – zustimmen können**, wenn auch mit erheblicher Nachdenklichkeit.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort